

STREIKFÄHIGKEIT IM WEICH. So hebt ihr Kampf... Ein infanter Widerstand!

Massenstreik unter Führung der KPD!

Aber die einzige Möglichkeit, der unerhörten Lohnabbau- und Entlassungsellenie der Kapitalisten entgegenzuwirken, ist nur die außerparlamentarische Zusammenziehung aller proletarischen Kräfte. Streik um die Verlängerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Streik um höheren Lohn, Kampf um die Beendigung der roten Betriebsprogramme, Kampf der Arbeiterinnen und Jugendlichen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit — für diese Forderungen müssen alle Arbeiter und Arbeiterinnen die revolutionäre Einheitsfront schließen.

Der sozialdemokratische Arbeiter, der für einen Hungerlohn schult, wie nicht jät von den parlamentarischen Schlimmanerern keiner Jahzer. Der Arbeiter, der dem Zerfall des Sozialismus oder des christlichen Arbeiterbetrugs nachgeht, wird nicht jät, wenn er sich als Streikbrecher gegen seine Arbeitskollegen misshandelt lässt.

Darum folgt den Forderungen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition:

Proletarische Gegenoffensive gegen den Frontalangriff der Kapitalisten!

Nieder mit allen Scheinmanövern der reformistischen und christlichen Bürokratie!

Kampf der Führerherrschaft im Reich und in Sachsen!

Streik für die Lebensforderungen des Proletariats!

Bir marschieren

Berlin, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Betriebsratswahl bei Bergmann, Rosenthal, gestaltete sich zu einem großen Sieg der Gewerkschaftsopposition. In diesem Betrieb wurden seit den letzten Wahlen 1600 Arbeiter entlassen. Die Belegschaft ist auf 3000 Arbeiter reduziert. Trotzdem gelang es der Opposition, ihre Mehrheit im Arbeiterrat zu sichern und die Mehrheit im Betriebsrat zu erreichen. Es wurden abgelehnt die Stimmen für die rote Liste 1477, für die Reformisten 723. Zur Hälfte war die Opposition ein Drittel so stark wie die Reformisten. Diesmal gelang es der Opposition, zweimal so viel Stimmen zu erhalten als die Reformisten.

Bolizeiaktion gegen Arbeiterkultur-ausstellung

Magnus Striehdorf darf nicht sprechen — das Werk der Schmarotzerei

Der Verband proletarischer Arbeiter, der Arbeiter-Einheitsband und die Liga für Kulturarbeit veranstalten gegenwärtig in Neukölln eine Arbeiter-Kultur-Ausstellung. Am Sonntag den 8. Mai beschlagnahmte Kriminalpolizei eine Reihe Ausstellungsgegenstände, darunter die Statuetten, die die wichtige Arbeiterbewegung und den Aufstieg der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet darstellen, ebenso Material gegen die Kriegsbotschaft des Papstes. In Eilen war vorerst die gleiche Ausstellung mit dem gleichen Material, ohne das dagegen eingeschritten worden wäre.

In einer Sitzung des hiesigen Ausschusses für Säle und Wohnungen in Köln wurde es abgelehnt, dem bekannten Sozialforscher Dr. Magnus Striehdorf, Berlin, einen Saal für die Abhaltung eines Vortrags zu überlassen. Anstatt Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Nazis bildeten hier die gemeinsame Front der Kulturreaktion. Unter Federführung „Die Sozialistische Republik“ in Köln, weist in einem Artikel nach, daß Köln allerdings alle Gründe hat, eine solche Kapazität wie Magnus Striehdorf zu führen. Die „Sozialistische Republik“ bezeichnet Köln als die „schmerzhafteste Stadt des europäischen Kontinents“. In Köln gibt es die größte Prostitution, die meisten öffentlichen Bordelle, die größte Steigerung der Geschlechtskrankheiten, eine abnorm hohe Steigerung von Prostitution gegen Prostitution, Vorbesitzer und Kuppeler. Die Kölner Wohnhäuser der Proletenquartiere sind wahre Brutstätten der Unheilbringer und der „Ahrhänge-Erziehung“. Ein bürgerliches Blatt, das „Kölner Tageblatt“, berichtet, daß im vergangenen Jahre eine Steigerung der Straftatenverbrechen an Kindern, besonders der Prostitution und Kuppeler in der direkten Umgebung des heiligen Domes.

KFB-Demonstration in Barmbe

Am Tage des einjährigen Verbotes des roten Frontkampfbundes, am 8. Mai, demonstrierte der neubildete rote Frontkampfbund in Barmbe. Die Straßen, durch die der Zug ging, waren plötzlich von Arbeitern und Arbeiterinnen umrandet. Nach der Ansprache eines Kameraden löste sich die Kundgebung in voller Ordnung auf, und die Polizei kam zu spät.

Brennende Regierungsgebäude

So kämpfen die indischen Arbeiter gegen Macdonalds Blutregime

Bombay, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

In Solapur, südlich von Bombay, kam es zu schweren Kämpfen zwischen Arbeitern und Militär. Nach Nachrichten von diesen Zusammenstößen bräute eine vielstündige Menge, hauptsächlich Arbeiter, zusammen und griff die Polizei mit Steinwürfen an. Der Distriktskommissar gab sofort den Befehl, mehrere Salmen in die Menge abzugeben. Die Menge wich aber nicht zurück, sondern steigerte ihren Angriff auf die Polizei. Militär, das zur Verstärkung eintraf, wurde ebenfalls von den Demonstranten angegriffen.

Es entwickelten sich schwere Straßenkämpfe. Die Menge trieb die Polizei und das Militär nach heiligem Kampf zurück und kürzte die öffentlichen Gebäude. Das Gerichtsgebäude, 6 Polizeistationen und fünf katholische Kirchen, in denen Alkohol verkauft wird, wurden in Brand gesetzt und bis auf den Grund zerstört. Die Kämpfe dauerten bis in die späte Nacht. Bis heute wurden 25 Tote und über 100 Verletzte gemeldet. Truppenverstärkungen sind unterwegs. Nach anderen Meldungen dauern die Kämpfe weiter an.

Terror gegen Terror

London, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach indischen Berichten begannen sich in Bombay die Streikenden nach barmherzigen Ausdrückungen in die verschiedensten Fabriken, um die Gelegenheiten zur Arbeitsüberlegung zu veranlassen. In einer Fabrik gab der Werkmeister Schüsse ab. Die Demonstranten setzten darauf die Fabrik in Brand.

Meuternde Truppen

Berlin, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach indischen Berichten, die auch in der ausländischen Presse veröffentlicht werden, hat bei der Unterdrückung der Unruhen in Pune ein Bataillon des indischen Mahatma-Infanterieregiments,

Schnellzugstempo beim Zuchthausgefesk

Der „linke“ SPD-Rosenfeld für Zuchthaus gegen „Hoch- und Landesberrat“

Der Strafrechtsausschuss des Reichstages hat am Dienstag mit der 2. Lesung des neuen Strafrechtbuches begonnen. Die soll dem Zuchthausgesetz den letzten Schluß geben, damit möglichst schnell das Plenum es verabschiedet und es dann von den Klassen-gerichten im Interesse der Truthauigkeit gegen die Wertigkeiten angewendet werde.

In zwei Sitzungen wurden die Hoch- und Landsoverratsbestimmungen mit ihren barbarischen Zuchthausandrohungen von 5 bis 15 Jahren „erledigt“. Überall wurden die Beschäfte der

ersten Lesung bestätigt. Heberall waren die Sozialdemokraten mit von der Partie. Sie, der rechte Landsherrg und der „linke“ Rosenfeld, erkannten gemeinsam eine „Notwehr des Staates“ gegen Hoch- und Landeserrat an. Daß dieser Staat der Staat des Trautkapitals ist, daß die Hoch- und Landesverratsparagrafen der Unterdrückung des Proletariats dienen und dienen, kümmert sie nicht.

Das neue Strafreich benötigt die prozontarische Rechtsprechung des Reichsgerichts, die in jedem kommunikativen Funktionär, in jedem kommunikativen Redakteur einen Hoch- und Landesverräter sieht. „Ja, was es bisher noch nicht gab, die „hochverräterliche“ Bestrebungen, soll unter Strafe gestellt werden. Was eine hochverräterliche Bestrebungen ist, bleibt dem Ermessen des Verurteilten, vom 1. Strafrichter des Reichsgerichts und seinen beliebigen Nachfolgern in Possid überlassen. Wer die Bestrebungen als Kommunist nach dem Oberverratsparagrafen in Zukunft übertrifft, wird in Zukunft übertrifft werden.

Wer es hat unternimmt, bei drohender Kriegsgefahr oder während eines Krieges das Proletariat zum Kampf für den Frieden gegen seine Vaterlande aufzurufen, kommt als Landesverräter ins Zuchthaus.

Die Kommunisten allein sprachen und stimmten gegen diese unerhörten Zuchthausparagrafen. Rosenfeld und Landsherrg (SPD), als brave Kavaliers des großbürgerlichen Staates, hoben für jeden Paragrafen achseln ihre Hand.

Kundgebungen gegen das Rot-Front-Verbot

Freitag, den 9. Mai

19.30 Uhr in Dresden, Keglerheim (Friedrichstraße)

20 Uhr in Freital-Deuben, Gasthof zur Post

SPD für Panzerkreuzerflotte

Der Marineaufrüstungsset im Haushaltsausschuss / Eine Kampfrede des Gen. Stöcker

Berlin, 8. Mai. (Eig. Bericht.)

Am Donnerstag wurde im Haushaltsausschuss des Reichstages der Marine-Etat beraten. In dieser Sitzung gab der Reichswehrminister im Auftrag des Reichslandtagspräsidenten eine jenerational wertende Erklärung ab, daß er, Groener, auf die Einziehung einer ersten Rate für den Panzerkreuzer B in diesem Jahre keinen großen Wert gelegt habe, da das alte Kabinett Hermann Müller bei Beratung über den jetzigen Etat unter Zustimmung aller sozialdemokratischen Minister beschlossen habe, im nächsten Jahre ein ganzes Marinebauprogramm mit dem Ertrag der Zinsenhilfe vorzulegen.

Der Redner der kommunistischen Aktion, Genosse Stöcker, kennzeichnete die beachtliche Komödie der Sozialdemokratie, die jetzt bei dem Panzerkreuzer B das klassische demagogische Spiel aufzuwieheln versucht beim Panzerkreuzer A. So, wie die vier sozialdemokratischen Minister den Bau des Panzerkreuzers A im Kabinett im August 1928 beschlossen hatten, so hätten jetzt nach der eindeutigen Erklärung Groeners Hermann Müller, Sepperting, Wiffell und Schmidt im Kabinett mit für den Bau der ganzen Panzerkreuzerflotte getimmt und damit für die notwendige Marineaufrüstung die politische Verantwortung übernommen.

Nach draußen abzuversuchen die Sozialdemokratie dem Kalkül einer Opposition und eines Kampfes gegen den Panzerkreuzer B vorzuziehen.

Der Marine-Etat selbst keine nach zweijähriger Koalitionstratierung der Sozialdemokratie das alte Bild der Verhöhnung und Lachnung wie der der letzten Jahre, dazu noch mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister eine Erhöhung um 14 Millionen auf 177,5 Millionen. Gegenüber den Kosten der Kriegsschiffbauten in anderen Ländern seien die deutschen Aufwandskosten geradezu unbeschreiblich. Ein Beispiel für die große Verschwendung im Marine-Etat! Wie bei der Reichswehr sei die übertragene Zahl von Admiralen, Offizieren und Borgelichten, daß auch die Marine nur eine Kadetorganisation sei.

Während in Preußen auf je 10 000 Schulkinder ein Arzt komme, entfallende in der neubildeten Marine auf je 152 Marineangehörige ein beholbarer Marinearzt.

Für die Bekleidung der Marineangehörigen würden jährlich pro Kopf 316 Mark angesetzt. Die monatliche Marineausstattung sei auch unter dem Hermann-Müller-Kabinett jahrmäßig weiter geführt worden. Der Drill, die schlechte Verpflegung und Mißhandlung der Marineoldaten haben zu einer großen Enttarnung und auch zu den Vorgängen bei der „Eindeckung“ geführt. Die Kommunisten der Marineoffiziere werde nur den gemeinsamen Erfolg herbeiführen. Wenn es hart auf hart käme, würden Reichswehr und Marine nicht mehr in den Händen der bürgerlichen Offiziere sein, sondern auf der Seite der Arbeiterklasse stehen.

In Anblich an diese Rede des Genossen Stöcker forderten der Deutschnationale von Unheimlich und der Sozialdemokrat

Energisch rücksichtslose Entfernung aller Kommunisten aus der Marine. Groener erhob sich und erklärte:

„Ich war stets der Ansicht, daß der Kommunismus bei uns in Deutschland mit den schärfsten Mitteln rücksichtslos unterdrückt werden müsse. Wenn der Abgeordnete Stöcker hier aufhört, Heer und Marine würden, wenn es hart auf hart käme, auf ihrer Seite stehen, so erlaube ich Ihnen (mit erhöhter Stimme): Das wird Ihnen nie gelingen.“ (Zwischenruf des Genossen Stöcker: „Das haben schon Stärkere gesagt!“)

Von den Sozialdemokraten verurteilt Keil durch eine Wenden-und-aber-Erklärung von der Verantwortung der vier sozialdemokratischen Minister für den Panzerkreuzer B abzuwenden, was ihm natürlich nicht gelang, da die Redner aller Parteien, wie auch Groener, nochmals die Mitverantwortung der Sozialdemokraten stellten. Dabei wandte sich Keil keineswegs gegen den Bau der Panzerkreuzerflotte, sondern sprach sich

Nieder mit dem sächsischen Bürgerblock!

Montag den 12. Mai in den Blumenäulen

öffentliche Versammlung

Arbeiter, Arbeiterinnen Dresdens, es gilt alle Kräfte gegen den Bürgerblock zu formieren. Erscheint in Massen.

Unkostenbeitrag 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

KPD Dresden.

im Grunde mit folgenden Worten seiner Erklärung für den Bau der Panzerkreuzerflotte aus:

„Selbst wenn der Kabinettbeschluss dahingehet, daß das auf längere Zeit gestellte Bauprogramm auch den Ertrag der Zinsenhilfe erhalten soll, so erachtet es uns doch sehr zweifelhaft, ob damit eine prinzipielle Zustimmung zum Bau dieses Schiffes ausgesprochen ist. Die Aufstellung eines Bauprogramms auf lange Sicht, das vor allem auch der Bedingungsfrage nicht aus dem Wege geht, kann an sich unbedenklich sein.“

Vom Standpunkt einer radikalen Einheitsregierung aus kann es nur erwünscht sein, zu wissen, mit welchen Ausgaben auf eine längere Zeit von Jahren hinaus getrieben werden muß. Aufzählungen dieser Art sind ja auch schon für andere Aufwandsgebiete gegeben worden, zum Beispiel für Kanalbauten.“

Die Redner aller bürgerlichen Parteien erklärten, daß also nach der Mitteilung des Reichsministers Groener über den geplanten Kabinettbeschluss der Bau des Panzerkreuzers B im nächsten Jahr begonnen wird. Der Volkspartei-Präsident Bräuninger betonte, daß für die Krieges mehrerer Jahre gemeinsam die Panzerkreuzerflotte notwendig sei! Der Sozialdemokrat Kuhn hielt eine ideenstarke Rede, die aber im Wichtigen, wie auch die Reden Keils, Hünlichs, Egerstedts usw. durchaus die grundsätzliche Zustimmung der Sozialdemokraten zur neubildeten Marineaufrüstung enthielt.

Bei der Abstimmung wurden alle kommunistischen Streichungsanträge von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt.

Ebenso abgelehnt wurden einige sozialdemokratische Kürzungsanträge. Der Antrag auf Streichung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B wurde angenommen mit dem Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, linker Demokraten und linker Zentrumsgliederungen. Nach Fortfall der 2,9 Millionen für den Panzerkreuzer B beantragte nunmehr das Zentrum, die vom Reichstag bei den anderen Schiffsbauten getrichenen 2,9 Millionen (die für den Panzerkreuzer B genommen werden sollten) wieder in den Etat einzulassen. Dieser Antrag fiel gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten.

Der Marine-Etat ist somit vom Haushaltsausschuss mit einer Erhöhung von 11,5 Millionen angenommen.

Drohende Militärdiktatur in Spanien

Nach einem Bericht des Berliner Tageblattes fand am 7. Mai eine Konferenz der republikanischen Gruppen in Madrid statt. Daran waren beteiligt Sanchez Guerra, Prof. Maranon, Lecour und Rosales de Alarcos. In dieser Besprechung wurde Stellung gegen eine erneut drohende Militärdiktatur angenommen. Diese Besprechung war charakteristisch für die Erbarmungslosigkeit der spanischen Liberalen, die zu dem Resultat kamen: Die Verträge zur Errichtung einer Militärdiktatur bezeugen großen Schwermerteligen, und der Politik ist vollständig erledigt. Alle Meldungen aus Madrid beweisen aber, daß die radikalen Organisationen schaffen und versuchen, mit unerhörtem Terror auszutreten. Allerdings bezeugen sie überall einem entschlossenen Widerstand der spanischen Arbeiter, die gemeinsam mit den Studenten gegen die fortschreitenden Bestrebungen ankämpfen. Nur das spanische Proletariat ist die entscheidende Kraft, die unter Führung ihrer kommunistischen Partei energisch gegen die Militärdiktatur kämpft.

Hamburg, 9. Mai. Die Hamburgische Volkswacht berichtet, zur Zeit werden in Hamburgern Gütern erneut Waffentransporte geladigt, die nach Indien bestimmt seien.

Ein neues Juncin, d. h. Verbindung verschiedener Geistes, soll die Deutschnationalen zwingen, dem Etat der Brünnings-Regierung zuzustimmen. Man will in einem Rahmenvergleich das Programm für die Junter mit dem Einsteigen verknüpfen. Die Deutschnationalen werden das natürlich mitmachen.

Wegen Führerrolle wurde ein führender Angehöriger des Polen-Bundes für Deutschland durch das Antikommunistische Bezirksgericht zu 1 Jahr Gefängnis und 6 Jahren Ehrerlust verurteilt.